

Kundgebung auf dem Schlossplatz Stuttgart am 26.02.2011

1. Wahl: Bildung

Liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Eltern, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine Schule der Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich spreche heute in meiner Funktion als 1. Vorsitzender des Vereins „Länger gemeinsam lernen BW e. V.“ zu Ihnen. Wie der Name des Vereins ausdrücken will, geht es uns um die Überwindung des gegliederten Schulsystems und damit um die Frage, **wie, wann und mit welchen Kräften** es wohl gelingen wird, eine echte – dringend notwendige – Bildungsreform auf den Weg zu bringen, mit der unser völlig überholtes Schulsystem aus dem vorletzten Jahrhundert fit gemacht wird für die Anforderungen und Bedingungen des 21. Jahrhunderts.

In offenen Brief unserer Initiative vor vier Jahren an Kultusminister Helmut Rau hatten wir folgende zentrale Forderung gestellt:

Wir fordern die Landes- und Bildungspolitik auf, einen längst überfälligen Paradigmenwechsel einzuleiten – weg vom selektiven gegliederten, hin zu einem integrativen Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche, wie in anderen Staaten üblich, länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell gefördert werden.

Diese damalige Forderung möchte ich heute – nachdem die Bundesrepublik Deutschland und das Land BW die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen schon vor zwei Jahren unterzeichnet hat – folgendermaßen ergänzen:

Es wird allerhöchste Zeit für ein inklusives, modernes Schulsystem, das allen Kindern gleichermaßen gerechte Bildungschancen eröffnet und individuelle Schullaufbahnen ohne Brüche und Beschämung ermöglicht.

Beinahe eine ganze Legislaturperiode ist seit unserem offenen Brief vergangen. Das Thema Bildung, Bildungsgerechtigkeit und Bildungserfolg ist in diesen Jahren zum wichtigsten Thema unseres gesellschaftlichen Lebens geworden und hunderttausende

von Bürgerinnen und Bürgern – sei es als Eltern und Schüler, als Pädagogen oder anderer Bildungsexperten, als Kommunalpolitiker – haben sich in unzähligen Initiativen und Vereinen, in Gremien und Gruppierungen für dieses Thema engagiert - auch die heutige Veranstaltung gibt hier ein leuchtendes Beispiel - und setzen sich weiterhin für eine grundlegende Reform unseres Schulsystems und damit für die Verbesserung unseres Bildungswesens ein.

Was aber macht unsere Landesregierung? Was ist in der zu Ende gehenden Legislaturperiode geschehen bzw. was ist nicht geschehen?

1. Endlose Schönredereien von Pisaergebnissen und anderer Studien oder der vorherrschenden Zustände im Bildungssystem
2. Eine großartig-medienwirksam angekündigte **Qualitätsoffensive Bildung** wurde verabschiedet, wo beifallheischend größere Summen in – von wenigen Ausnahmen abgesehen - wenig taugliche Konzepte von Schönheitsreparaturen oder wenig ansprechende Rezepte einer Qualitätsverbesserung schulischer Verhältnisse gesteckt wurde.
3. Die **Unterzeichnung der UN-Konvention** zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen erfolgte **ohne jegliches erkennbare Engagement**, diese auch zeitnah und nachhaltig umzusetzen. Aber unsere Bundesbildungsministerin Anette Schavan spricht von einem „*Bildungssystem ohne Barrieren*“, das wir erreichen sollen!!!
4. Die **Einführung der NWRS**, die meines Erachtens vor allem ein politisches Ziel verfolgte: eine beginnende „Graswurzelrevolution“ für Längeres gemeinsames Lernen im Keim zu ersticken.

„Die Werkrealschule ist für mich eine bahnbrechende und bundesweit einmalige bildungspolitische Innovation“, so die Kultusministerin Schick. Gewiss – es ist Wahlkampf und Frau Schick ist bekannt für Ihre PR - Kampagnen. Aber die Neue Werkrealschule mit solchen Superlativen zu belegen, lässt den Schluss zu, dass die Landesregierung den Blick für die Schulwirklichkeit gänzlich verloren hat.

Der dreiste Versuch, die konzeptions- und perspektivlose Bildungspolitik mit einer Flucht nach vorne zu verschleiern erinnert an das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“!

Mit der unstrukturierten Einführung NWRS zeigt die Landesregierung aber seit zwei Jahren, wie Schulentwicklung und Bildungsreform nicht funktionieren können bzw. nicht gemacht werden sollten:

Turnvater Jahn wäre vermutlich begeistert von der Bewegungsfreude der Landesregierung

- sich andauernd **verbiegen** und **verrenken** oder sich im Kreise drehen
- dabei ständig einen Schritt vor und zwei zurück
- oder ein eleganter **Eiertanz**: jetzt doch einzügige WRS, aber natürlich nur mit einem besonderen Qualitätskonzept (ausgerechnet die Schulen, die seit Jahren wegen ihrer hervorragenden Arbeit gelobt werden) und bei ausreichender Schülerzahl (wo genau dies ja das Problem dieser Schulen ist)
- Und im Kürprogramm erleben wir fortlaufende **Rollen rückwärts** im Unterminieren oder Zurücknehmen angeblich „absolut notwendiger Eckpunkte“ eines Konzepts, auf dessen unübersehbare Schwächen wir schon seit zwei Jahren hinweisen.
- Das Ende dieser Kür ist ein **Spagat** zwischen einem gewollten Schulschließungsprogramm und der Vermeidung von Konfrontationen mit den Bürgermeistern vieler Kommunen insbesondere im ländlichen Raum.

5. Vor einigen Wochen veröffentlichte Kultusministerin Schick zusammen mit zwei Kollegen (Spaenle, Bayern und Wöller, Sachsen) ihre **12 Thesen zum differenzierten Schulsystem**:

Schon die Überschrift spricht für sich und verrät die mangelnde Bereitschaft, wissenschaftliche Erkenntnisse und weltweite Erfahrungen einer integrativen/inklusiven Schule zur Kenntnis zu nehmen und diese in einen zukunftsgerichteten Entwicklungsprozess einfließen zu lassen. Stattdessen wird

einfach die Terminologie der Reformer einkassiert und zur Zementierung des bestehenden Systems umfunktioniert.

„Individuelle Förderung statt Einheitsschule“, unter diesem Titel wird in zwölf Thesen und griffigen Formulierungen der Versuch unternommen, dem Bürger zu suggerieren, dass alles in unserem Bildungssystem zum Besten bestellt ist und dass wir – um noch besser zu werden – nur noch einige Ressourcen für die Qualitätsverbesserung von Unterricht brauchen. Daraus müsste man eigentlich den Schluss ziehen, wenn die Lehrerinnen und Lehrer noch besser arbeiten würden, wären wir Spitze. Merkwürdig, dass dies weltweit ganz anders gesehen wird.

Das Fazit der zwölf Thesen lautet: *„Schüler und Lehrer – aber auch Eltern – dürfen nicht Opfer schulpolitischen Experimentierens und ideologischen Taktierens sein.“* Diesen Satz möchte ich unkommentiert stehen lassen!

6. Um meine kleine Aufzählung abzurunden, möchte ich noch festhalten:

Der raue Herr Rau verschwand wegen Erfolglosigkeit und mangelnder Kommunikationsbereitschaft in die Versenkung, die schicke Frau Schick wurde von Herrn Mappus als eloquentes Sprachrohr einer rückwärts gerichteten Bildungspolitik ins Amt gesetzt, wo sie nun mit gefeilten Reden und großer Überzeugungskraft alten Wein in neuen Schläuchen verkaufen und die als „zukunftsweisende Innovationen“ gepriesene Verhinderungsaktionen der Landesregierung im Bildungsbereich rechtfertigen soll.

Man muss sich wirklich ernsthaft fragen, warum die Partei, die sich in den letzten fünf Jahren als Regierungspartei vehement dagegen gewehrt hat, wichtige, ja unerlässliche Reformen und grundlegende Verbesserungen im Bildungssystem auf den Weg zu bringen, mit dem Finger auf andere zeigt und andere Parteien als Dagegen-Parteien diffamiert.

Oder warum die Kultusministerin eine – wie sie es nennt – *„Dauerbaustelle Schulreform“*, auf der die Bauarbeiten in Wirklichkeit noch gar nicht richtig begonnen haben, schließen

will und lieber die endlose Folge von Schönheitsreparaturen am maroden Gebäude mit den Attributen „*Verlässlichkeit und Berechenbarkeit*“ fortsetzen will.

Ich möchte Ihnen deshalb heute zurufen – und dies selbstverständlich ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit – „**Es muss Schluss sein, ...**“

Es muss Schluss sein ...

... mit der Diffamierung von Reformern durch unqualifizierte Kampfbegriffe wie „Gleichmacherei“, „Einheitsschule“ usw.

... mit gebetsmühlenhaften Wiederholungen, das gegliederte System habe sich bewährt, ohne dafür stichhaltige Beweise vorzulegen.

... mit fragwürdigen Schönheitsreparaturen, die mehr einer Pfründesicherung bestimmter Gruppierungen als dem Wohl des einzelnen Kindes dienen.

... mit der weltweit einmaligen Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft.

... mit der weltweit einmaligen Verknüpfung des sozialen Umfeldes einer Schule mit der Lernqualität und dem Lernerfolg der Kinder in dieser Schule.

... mit dem Sortierzwang einer Grundschulempfehlung in Klasse 4, die wider alle wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Begabungsbegriff auf der sehr zweifelhaften Basis zweier Noten (Mathematik und Deutsch) immer noch das beherrschende Instrument einer Chancenzuweisung ist.

... damit, dass wir nach wie vor jährlich über 7000 Jugendliche (bundesweit 80 000) ohne qualifizierten Schulabschluss in eine ungewisse Zukunft entlassen.

... damit, ständig die Durchlässigkeit unseres System zu loben, wenn es sich in 75 % der Fälle um Abstiege – also um das „Nach-Unten-Durchreichen“ handelt.

... damit, sich als Regierungspartei permanent selbst auf die Schultern zu klopfen, mit dem Spruch „kein Abschluss ohne Anschluss“ ohne in der Realität ausreichend Klassen an den Berufsfachschulen und Beruflichen Gymnasien zur Verfügung zu stellen.

... damit, ständig mit Fingern auf andere (Bundesländer) zu zeigen, die es angeblich noch schlechter machen als wir und dadurch zu rechtfertigen, dass wir in der zweiten Liga „ganz vorne“ stehen.

... mit der Verschwendung von Steuergeldern für unzählige Hochglanzbroschüren, die uns erklären wollen, wie toll alles bei uns läuft, siehe insbesondere die NWRS.

... mit der immer wiederkehrenden Floskel: „Wir brauchen keine Systemveränderung, wir müssen nur die Unterrichtsqualität verbessern.“

... mit der rigerosen Ablehnung sämtlicher Modellschulanträge für gute Vor-Ort-Lösungen eines längeren gemeinsamen Lernens (insbesondere in den ländlichen Räumen) durch das Ministerium und die Regierungspräsidien.

... mit der Schließung von Schulstandorten, die dringend für zukünftige Modellschulentwicklungen benötigt werden.

... mit der Verzögerungs- und Verschleierungstaktik bei der Umsetzung der UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen.

Die Konsequenzen, die ich aus den genannten Punkten ziehen möchte, sind einfach zu benennen, lassen Sie es mich so formulieren:

Es ist an der Zeit, ...

... dass sich die verantwortlichen Politiker endlich eingestehen: unser derzeitiges Schulsystem aus dem 19. Jahrhundert ist den Anforderungen des 21. Jahrhunderts hinsichtlich Leistungsbreite und Leistungsspitze, wie auch hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe nicht mehr gewachsen. Eine vielfach angesprochene und erwünschte Verbesserung der Unterrichtsqualität aber ist nur im Rahmen einer veränderten Struktur zu erreichen.

... endlich alle ideologischen Grabenkämpfe einzustellen und sich über die Parteigrenzen einer gemeinsamen Sache zu verpflichten, die heißt: bestmögliche Bildung für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig ihre sozialen Herkunft.

... dafür zu sorgen, dass kein Kind mehr verloren geht, sondern jedes Kind seinem individuellen Stand entsprechend gefördert und gefordert wird und die Begleitung erhält, die es zur angstfreien Entfaltung seiner individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten braucht.

... der Ratifizierung der UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen endlich überzeugende Taten folgen zu lassen.

Also, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter:

Es geht um unsere Kinder! Das große übergeordnete Ziel einer tiefgreifenden Bildungsreform muss die **individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes** sein! Dazu muss sich in Zukunft die Schule dem Kind anpassen und nicht umgekehrt.

Dazu müssen die erforderlichen Investitionen getätigt werden. Investitionen, die auch einem weltweiten Vergleich standhalten und die sich dann, rechtzeitig erfolgt, in kurzer Zeit um ein Mehrfaches gewinnbringend rechnen, sowohl gesellschaftlich wie sozial wie auch wirtschaftlich.

Sie können am 27.03. ein Zeichen für Ihren Anspruch auf bessere Bildung in einem gerechteren Bildungssystem setzen.

Sie können mitentscheiden, ob die zukünftige Landesregierung den Auftrag erhält, die lange überfällige Bildungsreform tatkräftig und wirkungsvoll voranzubringen.

Das würde zuallererst die Öffnung des Schulgesetzes bedeuten, dass überall dort, wo Schulen und Schulträger (also Gemeinden und Städte) dies wollen, sich neue Formen eines inklusiven, gemeinsamen Lernens in **einer Schule der Vielfalt** entwickeln können.

In diesen **Schulen der Vielfalt** (als klares Gegenteil der von Reformgegnern immer wieder als Teufel an die Wand gemalten „Einheitsschule“) können die Kinder ohne Angst, ohne beschämt zu werden, ohne dass sie in vermeintlich homogene Lerngruppen gepresst werden, ohne Brüche in ihrer Lernbiografie lernen und erfüllte Lebenszeit verbringen.

In der **Schule der Vielfalt** werden alle Kinder in ihrer Verschiedenheit angenommen, hier werden sie entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten gefordert und gefördert, werden sie begleitet von Lehrerinnen und Lehrern, die sich der großen Herausforderung eines zukünftigen Bildungssystems stellen, nämlich dem professionellen, engagierten und sensiblen Umgang mit Heterogenität und Individualität.

Helfen Sie alle in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren mit, diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen.

In Anlehnung an ein Lied eines bekannten deutschen Liedermachers bin ich der festen Überzeugung:

**Längst finden sich mehr und mehr Menschen bereit,
die Schule der Zukunft zu suchen, es ist an der Zeit.**

Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.

Rudolf Bosch, 1. Vorsitzender des Vereins „Länger gemeinsam lernen BW e. V.“
(*Es gilt das gesprochene Wort*)